

10.3 - Personalangelegenheiten

Mitteilung

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Personalausschuss	29.11.2007	Kenntnisnahme

Tagesordnungs-Punkt	
	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.03.2007 "Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Berufsfeldern, die die Möglichkeit bieten, außerhalb des Verwaltungsspektrums einen Arbeitsplatz zu finden"

Mitteilung:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze vom 21.03.2007 war ursprünglich im Rahmen der Haushaltsberatungen 2007 im Finanzausschuss eingebracht worden. Dort wurde er jedoch in den Personalausschuss verwiesen und wird deshalb nunmehr für den Haushalt/Stellenplan 2008 hier behandelt.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Kreisverwaltung stellt derzeit jedes Jahr durchschnittlich 15 neue Auszubildende ein.

Die Ausbildungsberufe sind:

- Diplom-Verwaltungswirte/innen
- Diplom-Verwaltungsbetriebswirte/innen
- Verwaltungswirte/innen
- Verwaltungsfachangestellte/innen
- Vermessungstechniker/innen
- Fachinformatiker/innen
- Fachangestellte Medien- und Informationsdienste
- Lebensmittelkontrolleur/innen
- Hygieneaufseher/innen.

Außerdem werden ab 2008 erstmals Fachangestellte für Bürokommunikation ausgebildet.

Innerhalb dieser Ausbildungsberufe wird von Jahr zu Jahr bei der Anzahl der

Auszubildenden flexibel reagiert, je nach Bedarf und Angebot. Insgesamt sollen aber auch weiterhin jedes Jahr durchschnittlich 15 neue Auszubildende eingestellt werden.

Mit dem neuen Ausbildungsgang Fachangestellte für Bürokommunikation soll versucht werden, einerseits den sich abzeichnenden künftigen Personalbedarf der Kreisverwaltung im Sekretariatsbereich, in der Telefonzentrale, der Information etc. abzudecken.

Bei der Schaffung dreier zusätzlicher Ausbildungsstellen würde über den Bedarf hinaus ausgebildet. Die Aufnahmefähigkeit und –bereitschaft der Städte und Gemeinden, fertig ausgebildete Kräfte der Kreisverwaltung zu übernehmen, ist nicht so groß, um die zusätzlichen Ausbildungsplätze zu rechtfertigen. Wegen der meist spezifischen Ausbildung sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch in der „freien Wirtschaft“ ist ein Übergang in Berufsfelder außerhalb des öffentlichen Dienstes sehr selten.

Es wird daher vorgeschlagen, es bei der gegenwärtigen Ausbildungspraxis zu belassen.

Zur Sitzung des Personalausschusses am 29.11.2007